

## **FREIBERUFLER-TICKER vom 25.10.2013**

### **1. LIBE-Ausschuss verabschiedet Bericht zur Europäischen Datenschutz-Grundverordnung - BFB-Forderungen berücksichtigt**

Der federführende Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europäischen Parlaments hat sich am 21. Oktober 2013 auf eine Kompromissfassung zum Entwurf des im Januar 2012 vorgestellten Entwurfes einer Europäischen Datenschutz-Grundverordnung geeinigt. Nach gut anderthalb Jahre dauernden Verhandlungen haben die Abgeordneten damit überraschend schnell eine gemeinsame Linie gefunden. Der BFB hat den Prozess unter anderem durch eine ausführliche Stellungnahme begleitet und zuletzt im August 2013 wiederholt auf die freiberuflich relevanten Kernpunkte hingewiesen. Erfreulich zu bewerten ist, dass beispielsweise im Fall der speziellen Situation der Berufsgeheimnisträger und deren Verschwiegenheitspflichten die BFB-Position aufgegriffen und diesem besonderen Verhältnis Rechnung getragen wurde. Mit der gestrigen Abstimmung wurde nun der Weg freigemacht für Verhandlungen des Europäischen Parlaments mit dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission. Dem Vernehmen nach gibt es vor allem im Gremium der Mitgliedstaaten noch größere Vorbehalte gegen die Verordnung. Insgesamt ist es daher fraglich, ob der neue Rahmen zu einem einheitlichen europäischen Datenschutz noch vor den Neuwahlen zum Europäischen Parlament im Mai des nächsten Jahres verabschiedet werden kann.

### **2. Vorschlag einer EU-weiten Standard-Mehrwertsteuererklärung**

Die EU-Kommission hat am 23. Oktober 2013 einen [Richtlinienvorschlag](#) „zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung“, KOM(2013)721 final, gemacht. Die Standard-Mehrwertsteuererklärung soll die nationalen Mehrwertsteuererklärungen ersetzen, die Steuerbehörden EU-weit effizienter machen, das Einhalten der Vorschriften verbessern sowie den Verwaltungsaufwand für Unternehmen reduzieren.

### **3. Annahme des Berichts zu organisiertem Verbrechen, Korruption und Geldwäsche an**

Am 23. Oktober 2013 hat das Plenum des Europäischen Parlaments den Bericht zu organisiertem Verbrechen, Korruption und Geldwäsche, 2013/2107(INI), angenommen. Der Sonderausschuss gegen organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche des Europäischen Parlaments (CRIM) hatte diesen bereits am 17. September 2013 einheitlich, jedoch unter Enthaltung der gesamten Fraktion der Grünen, angenommen. Die Plenumsabstimmung kann [hier](#) mitverfolgt werden, die dazu zuvor stattgefundene Aussprache finden Sie [hier](#).

#### 4. Herbstgutachten 2013

Am 17. Oktober wurde das Herbstgutachten 2013 der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute zur wirtschaftlichen Entwicklung veröffentlicht. Die Daten des Gutachtens dienen der Bundesregierung als Basis für ihre eigene Wirtschaftsprognose, die wiederum auch bei der Steuerschätzung im November 2013 verwendet wird und damit zugleich Grundlage der öffentlichen Haushalte ist.

U.a. beinhaltet das Gutachten folgende Einschätzungen und Empfehlungen:

- Deutschland steht vor einem wirtschaftlichen Aufschwung mit einem erwarteten Wirtschaftswachstum für 2014 in Höhe von 1,8 %. Getragen wird dieser Aufschwung vor allem von der robusten Binnennachfrage und von anziehenden Investitionen.
- Gesamtstaatliche Überschüsse von 3 Mrd. € in diesem und 8 Mrd. € im nächsten Jahr werden erwartet. Dies ist jedoch auch auf Sonderfaktoren zurückzuführen, wie auf das günstige Finanzierungsumfeld und inflationsbedingte Mehreinnahmen aus der kalten Progression.
- Die Forschungsinstitute weisen deshalb darauf hin, dass die Haushaltskonsolidierung fortgeführt werden sollte und die Einhaltung der Schuldenbremse nach wie vor hohe Priorität haben muss. Steuererhöhungen seien dagegen nicht nötig. Überschüsse sollten "sinnvoll genutzt werden" - zur Vermeidung der kalten Progression und für Investitionen in Infrastruktur und Bildung.
- Die Forschungsinstitute warnen vor einem einheitlichen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 €. Dieser würde in Ostdeutschland zu einem gravierendem Stellenabbau führen. Kleine Betriebe wären stärker betroffen als größere.

#### 5. Wissenschaftliche Tagung „Die Zukunft der Freien Berufe in Europa“

Das Forschungsinstitut für Freie Berufe der Wirtschaftsuniversität Wien veranstaltet am 20. November 2013 eine wissenschaftliche [Tagung](#) „Die Zukunft der Freien Berufe in Europa“, an dem auch der BFB teilnehmen wird. Das Forschungsinstitut für Freie Berufe der WU Wien beschäftigt sich mittels interdisziplinärer Forschungsmethoden mit dem rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Kontext der Freien Berufe und organisiert stets Projekte, Datenerhebungen, Publikationen, Konferenzbeiträge und pflegt den internationalen Austausch mit anderen Forschungseinrichtungen.

